

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugpreis: Einzel-Nummer 30.— Mk. Durch Zusteller
75.— Mk. pro Woche. Durch die Post 300.— Mk. pro Monat und
Nachzahlung des Differenzbetrages an die Produktionsgenossenschaft.
Redaktionsprechstunde: 5—6 Uhr nachmittags. — Postfach-
konto Nr. 310.59. — Fernsprech-Anschluss: Breslau, Ring 8887.

Dienstag, 9. Januar 1923

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile oder
deren Raum 20.— Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familien-
nachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5.— Mk. Kleine
Anzeigen per Wort 3.— Markt. — Ref. Name: Die Milli-
meterzeile gespalten aber deren Raum im Text 75.— Markt

Der Raubzug der Imperialisten!

Die französischen und belgischen Kriegsheer machen mobil. — Die Reformisten protestieren. — Die Kommunisten bereiten internationale Abwehrmaßnahmen vor.

Nach dem Pariser Abbruch.

Breslau, den 8. Januar 1923.
Das Aufstiegen der Pariser Konferenz hat Frankreich seinem Ziele näher gebracht. Zwar brachte es den schon viel geleimten Entente neue Brüche bei — die auch für Frankreich sehr verhängnisvoll sein können. Doch das ist heute nicht der Kummer Poincarés. Er hat nur den Wunsch, seinen Appetit nach den Rheinländern zu stillen und trifft Vorbereitungen zur Verwirklichung seiner Wünsche. Neueste Meldungen bürgerlicher Blätter berichten bereits von einer teilweisen Mobilmachung in Frankreich, und erzählen davon, daß sich auch Belgien an dem Raubzuge beteiligen wird. Einer Pariser Meldung zufolge schreibt der „Sincere“ wie folgt:

Die militärische Teilnahme Belgiens an der französischen Pfändereaktion ist nunmehr beschlossen. Belgien wird mit zwei Divisionen marschieren, während im ganzen neun Divisionen eingeteilt werden sollen. Italien wird teils Soldaten in das Ruhrgebiet senden. Es steht aber in den kommenden Beratungen der Reparationskommission auf Seiten Frankreichs. Das „Journal“ glaubt melden zu können, daß die belgische Regierung, um jeder Eventualität gewachsen zu sein, (2) Vorbereitungen zu einer Einberufung eines Jahrganges der Landwehr trifft. Vor drei Monaten soll die belgische Regierung schon bei jüngeren Ingenieuren angefragt haben, ob sie zur Übernahme der Leitung deutscher Fabriken im Ruhrgebiet bereit wären. Diese Anfrage soll durchaus auf Zustimmung gestossen sein.

Sticht diese Meldung zu, so ist klar, daß die französischen Imperialisten alles daran setzen werden, ihr Ziel zu erreichen. Das heißt, die französischen Hauptinstanzen werden die Rheinlande besetzen, werden damit hüben wie drüben vom Rhein eine neue nationalistische Hege erzeugen, die einen neuen Weltkrieg im Schoße trägt, der den vergangenen an Blut und Grauen weit in den Schatten stellen wird. Und die Kosten des graunigen Spieles werden die Arbeiter, die deutschen wie die französischen, zu tragen haben.

Doch gemacht! Noch ist die Entscheidung nicht gefallen. Noch hat der Spießer in seinem Angst-Optimismus eine Hoffnung: die französische Kammer ist noch nicht gehört worden. Darüber liegt folgende Pariser Meldung vor:

In der Kammer wird Poincaré am kommenden Donnerstag das Wort ergreifen, um über die Maßnahmen, die er zur Sicherung des Versailles Vertrages nach dem Abbruch der Pariser Konferenz treffen will. Bericht zu erwarten. Die Berichte, wonach Poincaré die Kammer vor vollendete Tatsachen stellen will, entsprechen also nicht den Tatsachen und die französische Aktion wird nicht vor Ende dieser Woche erwartet werden können.

Es wäre recht trübsalig, würden ernstliche Menschen noch darauf ihre Hoffnungen setzen. Nein, die französische Kammer, in der die Hege sitzen, die französischen Ludendorfs und Ehrhards, die nicht helfen. Sie wird Poincarés Pläne sanktionieren und mit ihm durch dick und dünn gehen. Und auch die Hoffnungen, die auf ein Eingreifen Amerikas gesetzt wurden, sind recht aussichtslos geworden. Einer Neutermeldung aus Washington zufolge hat der Senat beschlossen, die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückzuziehen. Dadurch ist die Möglichkeit einer Einmischung Amerikas in das europäische Reparationsproblem zur Unwahrscheinlichkeit geworden. — England, das bisher den Raubplänen der französischen Imperialisten Hemmungen entgegensetzte, ist ausgeschaltet und wird sich mit Protest begnügen.

So treibt die Situation immer mehr der Katastrophe zu. Das Angeheuer eines furchtbaren Krieges schraubt heran. Schon sehen wir seine Schatten, die es unheilverkündend vorauswirft. Nur eine Macht gibt es, die das Angeheuer bannen kann, einen Siegesfriede, der den Lindwurm töten kann: das internationale Proletariat.

Doch das ist noch nicht kampfbereit. Noch versuchen falsche Freunde, es vom Kampfe abzuhalten. Just wie in den Zeiten vor 1914, wenn sich zuweilen Kriegswilligen am Horizont zeigten, werden Friedenskongresse abgehalten und „flammiende Proteste“ erhoben. Auf der in Köln tagenden internationalen Konferenz der Reformisten wurden Reden gegen Krieg und Imperialismus abgehalten und sogar eine Resolution angenommen, die so aussieht:

Das Aktionskomitee hat die Mitteilung des Genossen Weils über die Mißbräuche, unter denen die Bevölkerung des besetzten Gebietes leidet, mit besonderer Aufmerksamkeit entgegengenommen und fordert die Sozialistische Presse auf, diese Tatsachen zur Kenntnis der Öffentlichkeit zu bringen. Das Aktionskomitee lenkt mit besonderem Nachdruck die Aufmerksamkeit aller Arbeiter auf die schweren Gefahren hin, die für den Weltfrieden aus der durch das Scheitern der Pariser Konferenz geschaffenen Lage entstehen. Es bekräftigt nachdrücklich die Beschlüsse von Haag und Frankfurt über die Notwendigkeit, so rasch als möglich den militärischen Besetzungen durch Truppen aller alliierten Nationen ein Ende zu machen und die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete in der von

durchzuführen. Das Aktionskomitee protestiert mit aller Kraft gegen die Politik, die unter dem Vorwand der Pfändnahme gewalttätige Maßnahmen gegen Deutschland, insbesondere die militärische Besetzung des Ruhrgebietes, durchführen läßt, und fordert die sozialistischen Parteien auf, diese Politik mit Entschlossenheit zu bekämpfen.

Das nennen die Menschewisten Kampf! Dieses klägliche, erbärmliche Gewinsel sehen sie der Raubpolitik einer Kapitalistenklasse entgegen. Statt die Arbeiter Deutschlands und Frankreichs zum Kampf gegen den Imperialismus zu mobilisieren und zu organisieren, „lenken“ sie die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Gefahren hin! Was ob nicht jeder Proletarier von selbst die riesengroße Gefahr selbst heißender, blutiger Kämpfe in dieser Stunde. Und da niemand im Zweifel ist, wie es die Menschewist mit ihrem Protest meinen, schicken sie Herrn Weils als Friedensapostel vor. Denselben, der die Berliner Konferenz der drei Internationalen sabotierte und dadurch einen Arbeiterkampf gegen den Frieden von Versailles unmöglich machte!

Jeder Arbeiter muß jetzt einsehen, welch schändliches Manöver von der reformistischen Internationale getrieben wird. Hören wir die selben Sätze nicht schon einmal vor dem Weltkrieg? Und sind es nicht dieselben Leute, die damals schon mit schönen Phrasen jeden Krieg bekämpften, die später Chauvinisten und Kriegsbeher wurden und Millionen von Proleten in den Tod trieben? Gibt da nicht der belgische Kriegsminister Vandervelde, der den Friedensvertrag von Versailles mit unterschrieb?

Mit solchen Phrasen werden die Reformisten nicht einen Hund hinterm Ofen vorladen.

Das Proletariat muß andere Wege gehen. Die Wege, die jetzt von den Kommunisten auf der Konferenz in Essen in ersten Beratungen gewählt werden.

Am 6. Januar treten in Essen die Vertreter der kommunistischen Parteien Frankreichs, Englands, Belgiens, Italiens, Hollands, der Tschechoslowakei und Deutschlands zusammen, außerdem Gewerkschaftsführer der revolutionären Bergarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Eisenbahner Frankreichs und Deutschlands. Betreten war außerdem die Rote Gewerkschaftsinternationale und die kommunistische Jugendinternationale. Ein französischer Delegierter überbrachte 11 000 Franks für die Ludwigshafener Gemafregelten.

Dem Bericht über die Konferenz entnehmen wir folgendes: Die Tagesordnung enthält: Punkt 1: Kampf gegen Versailles nach Zerbrechung der Pariser Konferenz; Punkt 2: organisatorische Verbindung der vertretenen Parteien und Gewerkschaften.

Als erster Redner sprach der französische Genosse Sachin. Die französische kommunistische Partei hat mit der CGP. ein Komitee aus je fünf Mitgliedern zum Kampf gegen den Versailles Vertrag bereits gebildet. Die Konferenz muß konkrete Beschlüsse fassen.

Mommesau (Frankreich) führt aus: Diese Zusammenkunft ist nicht so wie jene in Brüssel 1914 zwischen Jouhaux und Legien. Damals wurden große Friedensversprechungen abgegeben und später haben dieselben Leute die Kriegshege betrieben. Die jetzigen Beschlüsse werden unbedingt durchgeführt werden. Im Falle einer Besetzung des Ruhrgebietes haben wir alles zur Behinderung zu tun.

Brandler berichtet über die Lage der deutschen Partei. Diese ist in der letzten Zeit bedeutend erstarbt, doch dürfen wir unsere Kräfte nicht überschätzen. Wir werden aber imstande sein, das, was wir übernehmen, auch durchzuführen, und wir werden unsere Versprechungen auch halten.

Schalheimer spricht über die internationale Lage. Man muß auch damit rechnen, daß die Pfändnahme ohne militärisches Aufgebot erfolgt. Wir werden gemeinsam mit den englischen und französischen Arbeitern vorgehen. Als Gegenwehr gegen den Ententeimperialismus treten die Arbeiter Deutschlands ein in einen Block: Deutschland — Sowjetrußland — Türkei.

Gallacher (England) verlangt die schärfste internationale Aktion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes. Ker (Frankreich): Die Lage der französischen Industrie ist verhältnismäßig gut, die Staatsfinanzen hingegen sind sehr schlecht. Die Bevölkerung ist gegen jedes kriegerische Unternehmen, schon deshalb, weil schließlich doch die werktätige Bevölkerung Frankreichs dafür aufkommen muß. Die Besetzung des Ruhrgebietes würde unter dem Proletariat Frankreichs einen gewaltigen Sturm auslösen. (Wir werden darüber morgen ausführlich berichten.)

Die Kommunisten haben damit den Weg gezeigt, den das internationale Proletariat gehen muß. Nicht leere Proteste, nicht schöne Reden, sondern eine einheitliche internationale Aktion können die Gefahr von der Arbeiterschaft Europas abhalten.

Die Kommunisten sind die Rufer zum Streit. Folgen die Arbeiterverbände haben wie drüben den Ruf, dann werden die Imperialisten das ernten, was sie gesät: Die proletarische Weltrevolution!

Der Analleffekt, mit dem die Pariser Konferenz abschloß, erinnert an das Ende der Konferenz von Cannes. In beiden Fällen hat der härtere Wille der französischen Kapitalistenklasse die britischen Fäden zerrissen. Doch besteht ein großer Unterschied zwischen der Situation, die jetzt nach dem Auseinanderliegen der Pariser Konferenz vorliegt, und der Lage vor einem Jahr, als die Weltversöhnungs- und Wiederaufbaupläne Lloyd Georges in Cannes scheiterten. Damals hatte die französische Kapitalistenklasse den unzuverlässigen Briand durch den rüchlichtslosen Poincaré ersetzt, und Lloyd George zog ab im Bewußtsein einer gründlichen Niederlage. Lloyd George suchte die Schlappigkeit von Cannes in Genua wieder gutzumachen. Bonar Law aber fühlt sich durchaus nicht geschlagen. Er tat, was er den Umständen gemäß tun konnte: er legte ein Projekt vor, das den wirtschaftlichen Anknüpfungsplänen der französischen Industrie einen Niegel vorschieben sollte; das Projekt ist abgelehnt. Also läßt sich weiter nichts machen. England ist heute nicht stark genug, um für das Ruhrgebiet einen Krieg zu führen; infolgedessen zieht die britische Diplomatie sich mit Bedauern aus der Affaire und läßt den Franzosen freie Hand. Es hat keinen Sinn, wenn Bonar Law in seiner Pariser Abschiedserklärung feststellt, daß eine Einigung in der Reparationsfrage nicht möglich sei, zugleich aber aus freien Stücken den Franzosen die unveränderte Freundschaft der englischen Regierung zusichert.

So spricht kein Mann, der bereit ist, in den nächsten Wochen den Konflikt auf Leben und Tod mit Frankreich einzuleiten. Die englischen Kapitalisten werden in der nächsten Zeit zusehen, wie Frankreich sich in Mitteleuropa freie Bahn schafft, und sie hoffen, daß die französischen Imperialisten sich in absehbarer Zeit den Schädel einrennen. Die englische Regierung muß auf jeden Fall von der Lausanner Konferenz ein erträgliches Ergebnis nach Hause bringen. Das ist die Lebensfrage für Bonar Law. Die Pariser Entscheidung war es nicht. Nun ist gar kein Zweifel, daß der türkische Widerstand in Lausanne sich versteift hat. Am Neujahrstag hatte die Große Nationalversammlung in Angora eine sechsstündige Geheim-sitzung. Nach den Berichten, die aus der Sitzung herausgelangen, ist die Versammlung unbedingt dafür gewesen, daß die Regierung Kemal Paschas fest bleibt, und, wenn nötig, den Kampf fortsetzt. Die junge türkische Großhandelsbourgeoisie, die auf ein schnelles Kompromiß mit dem westlichen Kapital hinarbeitet, ist also zunächst den gemeinsamen Interessen der Bauernschaft und der Militärs unterlegen. Die Türken halten nicht nur ihre Ansprüche auf Mossul aufrecht, sie bleiben in all den vielen, für das englische Kapital so bedeutsamen Wirtschaftspragen hartnäckig; ja auch die Lösung der Dardanellenfrage, die Lord Curzon schon meint in der Tasche zu haben, scheint wiederum gefährdet.

Es ist ein interessantes Zeichen der Zeit, daß auf dem Indischen Nationalkongreß, der dieser Tage in Daga stattfand, die mohammedanischen Delegierten bei weitem den stärksten Kampfgeist zeigten. Die mohammedanische Delegation beschloß ebenfalls am Neujahrstag, falls ein Krieg zwischen England und der Türkei ausbrechen sollte, sofort eine regierungsfeindliche Propaganda in der Polizei und Armee einzuleiten, jede neue Rekrutierung, den Export von Lebensmitteln aus Indien und die Zeichnung von Kriegsanleihen zu verhindern. Die Konferenz beschloß ferner, eine Legion indischer Freiwilliger für den Dienst in der Armee Kemal Paschas aufzustellen. In Ägypten bleiben die Mohammedaner nicht bei radikalen Resolutionen, sondern die Ermordung eines Engländer folgt auf die andere. Die einheimischen Behörden strengen sich bei der Strafverfolgung der Täter nicht sehr an. Die neueste Ermordung eines Engländer, eines Dr. Robson in Kairo, hat die britischen Untertanen im Lande geradezu in Panik versetzt. Die englischen Einwohner Kairos hielten eine

Es ist ein interessantes Zeichen der Zeit, daß auf dem Indischen Nationalkongreß, der dieser Tage in Daga stattfand, die mohammedanischen Delegierten bei weitem den stärksten Kampfgeist zeigten. Die mohammedanische Delegation beschloß ebenfalls am Neujahrstag, falls ein Krieg zwischen England und der Türkei ausbrechen sollte, sofort eine regierungsfeindliche Propaganda in der Polizei und Armee einzuleiten, jede neue Rekrutierung, den Export von Lebensmitteln aus Indien und die Zeichnung von Kriegsanleihen zu verhindern. Die Konferenz beschloß ferner, eine Legion indischer Freiwilliger für den Dienst in der Armee Kemal Paschas aufzustellen. In Ägypten bleiben die Mohammedaner nicht bei radikalen Resolutionen, sondern die Ermordung eines Engländer folgt auf die andere. Die einheimischen Behörden strengen sich bei der Strafverfolgung der Täter nicht sehr an. Die neueste Ermordung eines Engländer, eines Dr. Robson in Kairo, hat die britischen Untertanen im Lande geradezu in Panik versetzt. Die englischen Einwohner Kairos hielten eine

„Notgemeinschaften.“

Protestversammlung ab, wo sie die schärfsten Maßregeln gegen die Fortsetzung der Nordkampagne verlangten.

Unter diesen Umständen kann man sich ausmalen, welche Folgen ein Bruch in Lausanne für die britische Herrschaft in Indien und Ägypten und für die gesamte englische Weltstellung nach sich ziehen muß. Die englische Diplomatie hat in Lausanne nicht nur den Islam, sondern durch Curzons Behandlung der Darbanellenfrage auch Sowjetrußland gegen sich. Würde Herr Bonar Law den Franzosen in ihrer mitteleuropäischen Politik keine „freundschaftlichen Gefühle“ entgegenbringen, so hätte England auch von der französischen Delegation in Lausanne keine freundlichen Empfindungen zu erwarten. Ein Bruch in Lausanne ist bis jetzt nur dadurch vermieden worden, daß Frankreich einigermassen den Engländern die Stange hielt. Ein Grund mehr für Bonar Law, sich in den nächsten Wochen für alles, was aus Deutschland kommt, taug zu stellen.

Die deutsche Regierung und die deutsche Bourgeoisie müssen sich also mit der Tatsache vertraut machen, daß sie in nächster Zeit auf Frankreichs Gnade und Ungnade angewiesen sind. Herr Cuno hat es nicht verstanden, sich von der alten Geheimratsroutine der Wilhelmstraße freizumachen; die offiziellen Reden, die äußere Aufmachung, die Pressefeldzüge der deutschen Regierung sehen unter Cuno genau so hilflos aus wie unter Wirth und Fehrenbach. Aber man darf sich durch den Schein nicht täuschen lassen. Herr Cuno ist weder ein Schulmeister, noch ein habdijher Bierischpöpsel, sondern ein gerissener, internationaler Großkapitalist. Cuno geht ursprünglich zugleich auf das englisch-amerikanische und auf das französische Pferd. Das ist gescheitert. Nun wird er das Spiel neu beginnen und das Hauptgewicht auf die Verständigung mit der französischen Industrie legen. Der nationale Kadav in der Presse der deutschen Bourgeoisie und Sozialdemokratie darf niemand täuschen, genau so haben die Herren auch in der Zeit der Teilung Oberschlesiens gebrüllt, und inzwischen stiegen die Oberschlesischen Aktien auf der Börse wie nie zuvor. Man achte in den nächsten Tagen auf die Kutsbewegung der westdeutschen Montanwerke. Diese Sprache wird viel deutlicher sein, als der „patriotische“ Seelenschmerz der Zeitartikel, die akute Gefahr für das Proletariat ist nicht der deutsch-französische Krieg, an den weder Cuno noch Stinnes denken, aber Ludendorff und Hindler erst recht nicht. Die Gefahr ist die Aufrechterhaltung des Sinnes-Lubersac-Vertrages in vergrößertem Maßstab. Nicht der nationale Burgfrieden, sondern der Kampf des deutschen und französischen Proletariats gemeinsam gegen die deutschen und französischen Ausbeuter ist die Forderung des Tages.

Politische Rundschau.

Krise in Lausanne.

Weder der Unterausschuß für die Nationalitätenfrage noch der für den Bevölkerungsaustausch konnte in seinen Verhandlungen irgendein greifbares Ergebnis aufzuweisen. In der Meerengenfrage fanden große private Besprechungen statt. Die ägyptische Delegation protestierte in einer Note gegen die englischen Gewalttaten und die syrische legte einen ähnlichen Protest gegen das französische Kolonialwerk ein. Beide unterstrichen ihre Solidarität mit der Türkei, die neben der der indisch-mohammedaner besonders wertvoll ist.

In der Verhandlung der Wirtschaftsjagen hatte es die Türkei ab, was das deutsche Eigentum in der Türkei betrifft, die Bestimmungen des Versailler Vertrages anzuerkennen und sie die den Alliierten anheim, die deutschen Privatbesitzer zum „freiwilligen Verzicht“ zu veranlassen. In der Frage der türkischen Schulden kam es zu scharfen Auseinandersetzungen.

Die Nachrichten über die Pariser Konferenz bewirken eine verstärkte Unbeugsamkeit der türkischen Delegation. Eine militärische Kommission in der Moskautage mußte unverrichteter Sache auseinandergehen.

Der Ministerpräsident der Angoraregierung gab in der letzten Sitzung der Nationalversammlung eine wichtige Erklärung ab, in der er alle Forderungen des türkischen Nationalpatries bezüglich Thrakiens, der Meerengen, der Minoritäten und der Kapitalisation in vollem Umfang aufrecht erhält.

Die Alliierten wünschen trotzdem einen Friedensvertrag zu redigieren und ihn der Türkei zur Unterschrift vorzulegen.

Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie.

Am gestrigen Freitag trat im Reichsarbeitsministerium das Schiedsgericht für die Berliner Metallindustrie zusammen. Nach langen Beratungen erfolgte ein Spruch, der vorsieht, daß männlichen Arbeitern für die erste Januarhälfte auf die bisher geltenden Löhne ein Zuschlag von 15 Prozent, in der zweiten Januarhälfte, abermals ein solcher von 15 Prozent zu gewähren sei. Diese Lohnaufbesserung bedeutet für Januararbeiter eine Erhöhung des Stundenlohns in Klasse I um etwa 100 Mark. Weibliche Arbeitnehmer erhalten ebenfalls eine Lohnaufbesserung von 15 Prozent, während für die Zugewandenen eine geringere Staffelung vorgesehen ist. Beide Parteien haben sich bis zum 10. d. Mts. zu erklären, ob sie diesem Schiedsspruch beistimmen oder nicht.

Dieser Schiedsspruch ist für die Berliner Metallarbeiter unannehmbar. Nach den viel zu niedrig gestellten amtlichen Lebenshaltungskosten sind im Laufe des Monats Dezember die Lebenshaltungskosten um 53 Prozent gestiegen. Mit den im Schiedsspruch vorgesehenen geringen Zulagen können die Metallarbeiter nicht auskommen, sie müssen diesmal einmütig den Schiedsspruch ablehnen, wenn sie nicht in die unerträglichste Verelendung hineingedrückt werden wollen.

Gründlicher, brutaler, umfassender als je in einer vorausgegangen Epoche plündert das Kapital das gesamte Volk aus. Mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften wurde die Kaufkraft des Lohnes auf einen Bruchteil herabgedrückt. Die fortgesetzte und planmäßig betriebene Geldentwertung proletarisiert den Sparrer der Vorkriegszeit, der seine Gelder in festverzinslichen Werten angelegt hatte, schleudert die Mittelständler, Sozial- und Kleinrentner in die tiefsten Schichten der Hungersnöden und Kleinfürer hinab.

Dieser Entwicklung steht eine beispiellose Mehrung der Sachwerte auf der anderen Seite gegenüber. Wenige Hände verfügen darüber. Die Regierung, das Instrument der Reaction, herrschenden Schicht der Großhändler und Großwucherer, kann und will die sinkenden Schichten nicht schützen. Aber man will sie auch nicht buchstäblich verschlingen lassen. Darum richtet man den Appell an die Wohlthätigkeit. Die selbst ausgeplünderten sollen den noch mehr ausgeplünderten helfen. Und der Präsident der Schleberrepublik, Herr Freiherr Ebert, stellte sich an die Spitze des Wohlthätigkeitskomitees. Die Vertreter der honetten Gruppen, der Bankiers, Direktoren, Milliardäre und — Gewerkschaftsführer berief er zusammen und gründete eine sogenannte Notgemeinschaft. Eine großzügige Bettelkampagne soll für die alten Leute, für Sozialrentner, überhaupt für alle Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, bei denen man noch auf etwas Standesdünkel rechnen kann, alte Kleider, Lebensmittel, Geld, überhaupt allerlei Dinge, die zum Leben notwendig sind, zusammenbringen. Natürlich gehören auch Wohlthätigkeitsbälle, Wohlthätigkeitsbazaars, Wohlthätigkeitskonzerte und dergleichen Amusements dazu.

Die Wohlthätigkeit hat einen doppelten Zweck. Einmal entlastet sie das plündernde Kapital von der Verpflichtung, die Ausgeplünderten wenigstens vor dem dritten Verhungern zu schützen. Die Galten werden abgewälzt auf andere, die im allgemeinen ebenfalls zu den Ausgeplünderten gehören, vielfach selbst nicht das Existenzminimum erwerben. Und indem man den ganz Behrlosten keinen Rechtsanspruch auf Existenz einräumt, sondern sie in Abhängigkeit bringt vom Diktator Wohlthätigkeit, darf man sicher sein, daß die Wohlthätigen loyal und staatsreu bleiben.

Aber die Kapitalisten verbinden mit der Notgemeinschaft auch noch einen anderen Zweck. Alle Mittel müssen dazu dienen, um eine Verlängerung der Arbeitszeit, sei es mit List oder Gewalt, durchzuführen. Und da die Gewerkschaftsführer bei solchen Plänen immer mitmachen, so kann der Erfolg, wenn mit Geschicklichkeit die sentimentale Leier gerührt wird, nicht ausbleiben. Und die Gewerkschaftsführer haben auch in dieser Beziehung schon eine gewisse Virtuosität erlangt. Und so kam man auf den Gedanken, „Produktive Notgemeinschaften“ zu gründen. Arbeiter und Angestellte sollten Arbeitsstunden machen, um mit deren Ertrag die ganz Unwürdigen unterstützen zu können. Der Weg von der Anregung der Unternehmener bis zur Ausführung durch die Gewerkschaften war nur kurz. Schon in einer ganzen Reihe von Fällen haben die Gewerkschaftsführer es fertiggebracht, Beschlässe durchzuführen, nach denen für die Zwecke der Notgemeinschaft Arbeitsstunden geleistet werden sollen.

In Halle 3. B. kamen Mitte Dezember prominente Leute zusammen: Kommerzienräte, Bürgermeister, Pastoren und die unvermeidlichen Gewerkschaftsbeamten. Der Gewerkschaftsleiter empfing die Propaganda eines Wohlthätigkeitsbalian. In ganz Sachsen sollte von jedem Arbeiter ein Stundenlohn für die Notgemeinschaft geopfert werden, von den

Konferenz der Kontrollausschüsse Sachsens.

Um die Erfahrungen der sächsischen Kontrollausschüsse besonders auf dem Gebiete der Preiskontrolle zu sammeln und ein strenges zentralisiertes Vorgehen der Kontrollausschüsse ganz Sachsens herbeizuführen, beruft der Landesauswahlsrat der sächsischen Betriebsräte für den 4. Februar eine Konferenz der Kontrollausschüsse Sachsens nach Chemnitz ein. Jeder Kontrollausschuß hat seinen Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter zu der Konferenz zu entsenden. Alle Kontrollausschüsse werden verpflichtet, bis zum 27. Januar einen Tätigkeitsbericht einzusenden, damit die mündliche Berichterstattung auf das Wesentlichste beschränkt und praktische Vorschläge der einzelnen Ausschüsse diskutiert werden können.

Diese Konferenz wird den sächsischen Kontrollausschüssen, die bereits wertvolle Arbeit geleistet haben, weitere Richtlinien auf Grund der gegenwärtig vor dem Proletariat stehenden Aufgabe zu geben haben und deshalb auch für die Tätigkeit der Kontrollausschüsse im Reich von Bedeutung sein.

Ein neuer Sitzung.

Die Gewerkschaftsführer sind besorgt um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung.

Vor einigen Tagen erst haben die Gewerkschaftsführer einen Sitzung zum Reichszentralrat Cuno unternommen. Sie wagten es damals nicht, irgend welche Forderungen vorzubringen und brachten nur einige Fragen vor, wodurch sie wieder einmal bewiesen, wie sehr sie sich gewandelt haben seit 1914. Die Antwort, die ihnen Cuno gab, bezeugen sie als „nichtsagend“ — und gaben sich zufrieden. Nun meldet der Telegraph:

Die Berliner Gewerkschaftskommission hatte vor kurzem an den Reichszentralrat eine Eingabe gerichtet, in der gefordert wurde, daß Arbeitsarbeiten eingerichtet, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung und die Bezüge der Sozialrentner erhöht und letztere den Gemeinden ausreichende Mittel für soziale Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Die Vertreter der Gewerkschaften brachten am Donnerstag auch noch mündlich beim preussischen Ministerpräsidenten ihre Forderungen vor. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß Arbeitsarbeiten verbodener Art von preussischer Seite in umfangreichen Maße bereitgehalten werden und ersetzte darauf, daß die Sätze für die Erwerbslosenunterstützung und die Bezüge der Sozialrentner wesentlich erhöht wurden. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen auf die in einer zunehmenden Arbeitslosigkeit liegende große Gefahr hin und riefen d. h. Aufmerksamkeit auf die Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, die im Falle schwerer Katastrophen eintreten könnte.

Also wieder einmal ein Sitzung, angelehnt der gefährdeten „öffentlichen Ruhe und Sicherheit“!

Und die Antwort? Sie ist noch nichtsagender, als die des Reichszentralrats. Was die Gewerkschaftsführer tun werden? Sie werden sich zufrieden geben, auch, wenn sie eine kleine Beile ein wenig verhängt sein sollten!

Die Proleten aber dürfen sich nicht zufrieden geben!

Beamten 1/2 Prozent eines Monatsgehältes. Die Vertreter aller kapitalistischen Gruppen erklärten sich mit dem Plan einverstanden. Dann fand eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für die Braunkohlenreviere, Untergruppe Halle, statt. Mehrere Herren schilderten in beweglichen Tönen das traurige Los der Sozial- und Altersrentner. Man müsse etwas tun vorge schlagen werde, daß Angestellte und Arbeiter bei Vorkriegszeiten zum Besten der Altershilfe hergeben sollten. Daraufhin unterbreiteten die Gewerkschaftsvertreter einen Vorschlag, mit dem man der Wohlthätigkeit genügen — und das Profitinteresse befriedigen würde. Ein wunderbarer Plan: Sämtliche Arbeiter und Angestellte sollten an drei Sonntagen je eine Produktionsstunde verkaufen. Von der Fördermenge sollte ein Viertel der Altershilfe überwiesen werden. Die nicht an der Förderung beteiligten Angestellten sollten Barzahlungen leisten. Keiner soll vom Operatorkarfer gehalten werden. Und die Unternehmer erzielen einen Extra profit, dem ein Drittel der geförderten Kohlenmenge bleibt zu ihrer freien Verfügung. Damit das Geschäft sicher laufe, unterbreiteten die Gewerkschaftsvertreter auch noch den Vorschlag, daß auf dem Sonntagszuschlag für die erwähnten Schichten bezichtigt wurde. Die Herren Arbeitgebervertreter waren gnädig, mitzutun, daß sie glauben, erklären zu können, daß die Arbeitgeber solchem Vorschlag wohl zustimmen würden. Die Notgemeinschaft wandelt sich zu einer Wohlthätigkeitsorganisation für das Kapital.

Auch in einigen Betrieben Schlesiens beschleunigen die Kapitalisten die Arbeiter zu bewegen, Arbeitsstunden zu diesem Zweck zu verkaufen, bzw. einen gewissen Prozentsatz ihres Lohnes für die „Notgemeinschaft“ abzuführen.

In einer ganzen Reihe von Fällen haben es Gewerkschaftsführer schon dahin gebracht, daß Arbeiter und Angestellte Arbeitsstunden leisten, die als Unterstützung der Notaktion deklarieren werden, die in Wirklichkeit aber eine Durchbrechung des Achtstundentages einleiten. Zum großen Teil ist die Bereitwilligkeit vieler Arbeiter, Arbeitsstunden zu leisten, durch die Politik der Gewerkschaften direkt herbeigeführt worden. Der Lohn für die normale Schicht reicht für die Lebenshaltung nicht mehr aus. Darum sind manche Arbeiter geneigt, länger zu arbeiten, nur um satt Brot für sich selbst und ihre Familie zu erlangen. Und wenn ihnen nun das Leisten von Arbeitsstunden empfohlen wird als ein Akt, mit dem man gleichzeitig wohlthätig sein könne, so wird es erklärlich, daß die Gewerkschaftsführer mit diesem Betrug der Interessen des Proletariats in manchen Kreisen der Arbeiter Entgegenkommen finden.

Die denkenden Arbeiter müssen die Gewerkschaftsvertreter und Kapitalisten mit derartigen Plänen, die auf Entlastung des Kapitals und neue bedeutende Befastung der Arbeiterkraft hinführen, ganz energisch abweisen. Die Gesellschaft, die prast und schlemmt, die einen unerhörten Luxus entzweit, die Riesenreicher zusammenharrt, hat die Pflicht, die Spitze ihrer Politik vor dem Verhungern zu schützen. Die Gewerkschaftsführer, die dem Kapital helfen, sich solcher Verpflichtung zu entziehen, die dafür sogar den Achtstundentag preisgeben, müssen darauf hingewiesen werden, daß es andere Mittel gibt, wirksame Mittel, um die Notleidenden zu retten. Das kann keine kapitalistische Regierung, das könnte nur eine Arbeiterregierung, eine Arbeiterregierung, die sich stützt auf die machtbewußte, kampfbereite organisierte Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie brauchen nur ernsthaft zu wollen, dann sind die Voraussetzungen für das Eintreten einer Arbeiterregierung gegeben.

Demission des belgischen Kabinetts.

Paris, 5. Januar. Der belgische Ministerpräsident Theunis hat dem König sofort nach dem Abbruch der Konferenz seine Demission angeboten.

Die Aktivität des Abwartens.

Der Auswärtige Ausschuß ist zum Dienstag zu einer Sitzung einberufen worden, in der der Reichszentralrat Dr. Cuno eine große Rede halten wird, die wahrscheinlich veröffentlicht werden wird. Im Uebrigen wartet die Regierung ab. Staatssekretär a. D. Bergmann befindet sich noch in Paris und wird vorläufig auch noch nicht zurückkehren. Die deutsche Regierung steht in ständigem Konnex mit den übrigen Regierungen, hat aber bislang von seiten der Entente noch keinen Hinweis darüber erhalten, was in der nächsten Zukunft geschehen soll.

Wirtschaftliche Rundschau.

Löhne und Existenzminimum. Nach den statistischen Angaben von Kuczynski betrug das Einkommen in der ersten Dezemberhälfte 1922 im Vergleich mit dem im Jahre 1914 für

	über das Existenzminimum %	unter das Existenzminimum %
Männer u. Frauen	1914 = 45	1922 = 46
darb. Buchdrucker	—	—
Bauangeestellte 1. Br.	11	23

Der Berechnung liegen die tariflichen Wochenlöhne zugrunde. Nach diese Zusammenstellung läßt deutlich erkennen, daß das Einkommen selbst der bestbezahltesten Arbeiter und Angestellten auf einen Bruchteil des Existenzminimums gesunken ist. Im November 1922 betrug das Einkommen auf das Existenzminimum einer vierköpfigen Familie berechnet:

Buchdrucker	40%
Männer und Frauen	54%
Bauangeestellte	72-78%

Gegenüber der Vorkriegszeit war das Realeinkommen im November 1922 gesunken, bei den

Männer und Frauen	auf 34%
Buchdrucker	34%
Bauarbeiter	50%
Bauangeestellte	36-33%

Immer tiefer geht es bergab, und die Industriellen erklären, eine Erhöhung der Brotpreise um 100 Prozent sei zu belanglos, um daraufhin eine Aktion für Lohnhöhungen einzuleiten.

Verbreitung giftigen Arbeit. Ein Frankfurter Pädagoge beklagt sich, daß er für einen fünf Druckseiten langen wissenschaftlichen Erziehungsaufsatz von einem großen Leipziger Verleger nur 52 M. als Honorar erhielt. Vordruckten und Papier machen schon mehr aus, als das Honorar. Und da sage noch einer, daß die bürgerliche Gesellschaft ihre Geistesarbeiter verhungern läßt!

Stolz, aber kein. Eine kleine kleine Bank im Wuppertal sucht im Informaten einer rheinischen Zeitung bankgeschulte

Weniger auf Studium und Arbeit, als auf vergnügliche und fröhliche Arbeit richten. Das Finanzkapital weiß sich seine goldenen Arbeitsklaven mit Ueberstunden und Unterbezahlung statt zu züchten.

Genossenschaftliches.

Die „politische Neutralität“ in den Konsumvereinen.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und der Reichsverband Deutscher Konsumvereine liegen sich in der letzten Zeit wieder einmal in den Haaren; jeder will der politisch „Neutralere“ sein.

Der „Genossenschaftsangehörige“, der dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine und der BGD nahe steht, beschäftigt sich in einem Artikel damit und schreibt:

„Zentralverband und Reichsverband suchen sich gegenseitig zu überbieten in der Betonung ihrer politischen Neutralität. Der Reichsverband bemüht jede Gelegenheit, den Zentralverband der Neutralitätsüberlegung zu überführen. Das ist natürlich kein Kunststück. Denn eine Bewegung, deren Ziel ist, an die Stelle einer individuellen und kapitalistischen, auf Profitstreben und einer ungerechten Verteilung des Arbeitsertrages beruhenden Produktion für den Markt, die uns heute mit Diktum aller Art versorgt, eine gemeinnützige genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft der Produktion für den organisierten Konsum zu setzen, die zu einer gerechten Verteilung des Arbeitsertrages führt“ — eine solche Bewegung kann natürlich nicht neutral, auch politisch nicht neutral sein.

Der die Umwandlung des heutigen privatkapitalistischen Staates in ein genossenschaftliches oder sozialistisches Gemeinwesen herbeiführen will, der kann sich nicht politisch neutral verhalten, auch parteipolitisch nicht neutral.“

Somit ist endlich auch aus Reihen der Genossenschaftler zugegeben, was wir schon immer gesagt haben: eine parteipolitisch-Neutralität der Konsumvereine kann es heute nicht geben und gibt es auch nicht.“

Unsere Aufgabe ist, die Genossenschaften den Händen der Sozialdemokratie zu entreißen, mit einem neuen Geist auszufüllen und sie einzureihen in die revolutionäre Kampfwort. Denn eine Genossenschaftsbewegung, die heute nicht im revolutionären Sinne tätig ist, hat für die Arbeiterschaft keinen Sinn. Die Konsumvereine müssen neben den Arbeiterpartei und Gewerkschaften den Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse aufnehmen.

Das Land.

Wie sie Verdienen.

Wie hoch die Gutsbesitzer den Reingewinn pro Hektar Land veranschlagen, geht aus einer Anfrage eines Gutsbesitzers im „Landwirtschaftlichen Wochenblatt für Schleswig-Holstein“ vom 30. Dezember 1922 hervor. Die Anfrage lautet:

„Anfang Oktober 1921 verpachtete ich auf der Insel Nordstrand ein Stück Ackerland, Größe reichlich ein Hektar, für die Gesamtsumme von 6 600 Mark, diese Summe ist sofort bezahlt worden. Die Pachtzeit war das Jahr 1922. Der Pächter hat aus diesem Stück Land einen Reinerdienst schätzungsweise von mindestens 150 000 Mk., erzielt. Vom Pachteinigungsamt in Hujum ist mir gesagt worden, daß ich keine Pachterhöhung beanpruchen kann, weil die Pacht im Voraus bezahlt worden ist. Ich bitte um Ihre gefl. Nachricht, ob ich nach Ihrer Ansicht dennoch eine Pachtnachzahlung verlangen kann.“

B. St. in W.“

Die im Oktober bezahlte Summe von 6 600 Mk., waren damals gleich zwei Zentner Roggen. Der Reinerdienst von 150 000 Mk. nach der Ernte entspricht rund 12 Zentner Roggen, so daß nach Schätzung dieses Gutsbesitzers (und er wird orientiert sein) aus einem Hektar Land 14 Zentner Roggen Reinertrag erwirtschaftet wird. Bei einem Gut von 1000 Hektar beträgt der Reinertrag demnach 14 000 Zentner Roggen, oder nach dem heutigen Marktpreis rund 175 Millionen Mark. Dabei muß noch beachtet werden, daß ein Großgrundbesitz billiger produziert, als ein Kleinbetrieb. Wir fragen zunächst die Steuer-

behörden, ob die Veranlagung der Junter und Großgrundbesitzer zur Einkommensteuer dem oben angeführten Reinertrag entspricht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir begreifen nun, warum die großgutarig orientierte Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftskammer von der Reichsregierung die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses fordert.

Landbund und Kleinbauern.

Ein anschauliches Bild über Landbündeltätigkeit gibt der auf Grund des Getreideumlagegesetzes eingesezte Beschwerdeauschuß im Kreise Cottbus. In diesem Beschwerdeauschuß dominierten die Landbündler, u. a. ein Herr von Nagmer. Dieser Beschwerdeauschuß ging daran, zunächst das Umlagefoll des Herrn v. Nagmer von 2 400 auf 250 herabzusetzen. Das Umlagefoll des Ritterguts Döbbern wurde von 1 100 auf 50 Zentner herabgesetzt. Gut Branitz, 800 Morgen umfassend, wurde mit 10 Zentner Umlagefoll bedacht, dagegen ein Kleinbauer mit 28 Morgen Pachtader mußte 48 Zentner Umlagegetreide abliefern. Herabgesetzt wurde das Umlagefoll nur bei Landbündlern und zwar derart, daß zuletzt nur noch ein Zehntel des dem Kreise auferlegten Umlagefolls übrig blieb. Charakteristisch ist folgendes: Graf Püdler-Branitz legte Beschwerde gegen seine Veranlagung ein. Ein Landbändler erklärte: „Wie kommt der Graf dazu, sich zu beschweren, er ist doch gar nicht Mitglied des Landbundes!“ Von Nagmer erwiderte: „Wohl, seit 2 Tagen.“ Das war des Grafen Glück!

Solche Landbündeltätigkeit scheint selbst der Regierung zu umfassend zu sein, es wurden deshalb die Entscheidungen dieses Beschwerdeauschusses aufgehoben.

Schlesische Rundschau.

Die Zustände im Sanatorium Dr. Schoen, Reinerz.

Uns wird geschrieben: Am 30. Dezember 1922 wurden die drei Mitglieder des am 27. Dezember gewählten Betriebsrates des Sanatoriums Dr. Schoen fristlos entlassen. Entlassen deshalb, weil sie die Wahl zum Betriebsrat, die vom Personal einstimmig erfolgte, angenommen hatten, und weil der Herr Sanitätsrat unter keinen Umständen das Betriebsratgesetz als bindend anerkennen will. Ein Betriebsrat in seinem Hause, wo er der „Herr“ ist, wo nur Kaiserbilder Existenzberechtigung haben? Nein! Sofort die Zimmer räumen, wenn nicht, so mit Hilfe der Polizei aus dem Sanatorium den Betriebsrat entfernen! Das war die Devise des Sanitätsrates.

Auf einen energischen Protest der Angestellten, gemeinsam mit den hier weilenden Patienten der Reichsversicherung, welche über diese hodenlose Gemeinheit und Frechheit des Herrn Sanitätsrat und dessen Frau empört waren, wurde die fristlose Entlassung oder Maßregelung in eine 4 wöchentliche Kündigung umgewandelt. Gegen diese Kündigung ist sofort Beschwerde beim Schlichtungsausschuß in Glaz erhoben worden, welcher nun zu entscheiden hat, ob ein Arbeitgeber ein Gesetz wie einen getragenen Rod fortwerfen darf.

Somit ist wenigstens äußerlich Waffenstillstand eingetreten, innerlich wird der Kampf mit allen Schikanen fortgesetzt. Dem Betriebsrat wurde die Kost gesperrt, sodaß die Lungentranken für Kost sorgen mußten um dem Kampf der Angestellten zum Siege zu verhelfen. Dem behandelnden Arzt, als Vorherrscher des Betriebsrates, wurde die Berechtigung entzogen, Rezepte, Diäten und anderes mehr, anzustellen. Und alles nur, um den Betriebsrat und die Angestellten uneins zu machen.

Aber gemacht, Herr Sanitätsrat! Es wird ihnen nicht gelingen. Und wenn sie ihren Kopf noch so sehr anstrengen

um sämtliche Kleinbürgerlichen Mittel zum Schillieren zu finden. Und wenn sie auch Spitzel, aus den Reihen ihrer Patienten zu laufen suchen, der Sieg wird doch errungen. Allen Gewalten zum Trotz!

Die Öffentlichkeit und die Behörden fragen wir: „Darf ein Arbeitgeber die im Gesetz verantworteten Rechte der Arbeiter so ohne weiteres umgehen?“

Diese skandalösen Zustände im Sanatorium Dr. Schoen-Reinerz, die wir schon einmal beleuchtet, erfordern gebieterisch ein Eingreifen der Behörden. Im Sanatorium sind die Kranken der Reichsversicherung untergebracht. Dadurch dürfte es den Behörden nicht schwer fallen, den starcköpfigen Sanitätsrat zur Anerkennung der Gesetze zu zwingen. Oder sollten die Gesetze der neueren Zeit den republikanischen Behörden selbst nicht behagen? Möglich ist ja auch so etwas. Es wäre angebracht, wenn die berufenen Instanzen sich einmal über diesen Fall äußern würden. Vor allem aber muß der Kampf des Personals gegen den Sanitätsrat sofort unterstützt werden.

Wohnsitzwahlklärung für Bewohner des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes.

Von der Pressstelle des Regierungspräsidenten wird uns geschrieben:

Durch das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 wird auch die Staatsangehörigkeit der Bevölkerung des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes geregelt. Hierbei spielt der Wohnsitz des Betroffenen eine ausschlaggebende Rolle. Als Wohnsitz gilt der Ort, an dem der Schwerpunkt der persönlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse liegt. Es ist möglich, daß für eine Person mehrere solcher Orte in Frage kommen, die teils im abgetretenen Gebiet, teils in Deutschland liegen. In diesem Falle kann der Beteiligte mit Frist bis zum 15. Januar 1923 den bei sich oder den polnischen Wohnsitz als maßgebend erklären. Wählt er den deutschen Wohnsitz, so bleibt er deutscher Reichsangehöriger. Wählt er dagegen den polnischen Wohnsitz, so hat er mit dem Tage des Ueberganges der Staatshoheit über den abgetretenen Teil Oberschlesiens von Rechts wegen die polnische Staatsangehörigkeit unter Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit erworben, falls die sonstigen Voraussetzungen des Abkommens gegeben sind. Er besitzt dann in Polen die vollen staatsbürgerlichen Rechte, kann aber binnen 2 Jahren nach dem Uebergange der Staatshoheit für Deutschland optieren.

Wird das Wohnsitz-Wahlrecht nicht ausgeübt, so bleibt derjenige Wohnsitz außer Betracht, der nach den Bestimmungen im zweiten Teile des Abkommens den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit von Rechts wegen begründen würde, d. i. in der Regel der Wohnsitz in Polnisch-Oberschlesien. Der Beteiligte bleibt dann vom Wechsel der Staatsangehörigkeit und vom Erwerbe des Wohnrechts in Polnisch-Oberschlesien ausgeschlossen. Im Zweifelsfall ist es jedoch ratsam, von dem Wohnsitz-Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die Wohnsitz-Wahlklärung ist vor dem Regierungspräsidenten des Bezirkes, in dem der deutsche Wohnsitz des Erklärenden liegt, oder vor dem deutschen Generalkonsul in Katowitz abzugeben. Sie kann entweder mündlich zu Protokoll dieser Behörde — für den Bezirk Breslau in der Ragergierung, Pasingplatz, zweiter Stock, kleiner Sitzungssaal — oder schriftlich in offenkundig beglaubigter Form erklärt werden. Zur unter-schriftlichen Beglaubigung ist außer den Notaren auch jede zur Führung eines Dienstregels befugte Amtsstelle des Reiches oder eines deutschen Landes zuständig, also auch die Amtsstellen der Gemeinden (Gutsbezirke) und Gemeindeverbände, soweit sie das Recht zur Führung eines Dienstregels besitzen. Eine schriftliche Wohnsitzklärung hat wie folgt zu lauten:

Schriftliche Wohnsitz-Wahlklärung.

Ich, der ... die unterzeichnete ... (Stand, Vor- und Zuname, bei Frauen auch Geburtsname), zurzeit wohnhaft in ... Kreis ... Land ... bin geboren am ... in Kreis ... Land ... In der Zeit vom ... bis zum ... habe ich meinen Wohnsitz in ... polnischen ... deutschen ... Teil des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes ... ober-schlesischen Abstimmungsgebiet ... jetzigen Polen außerhalb des ober-schlesischen Abstimmungsgebietes, und zwar in ... gehabt. Daneben hatte ich vom ... bis zum ... einen Wohnsitz auch in ... Kreis ... Land ...

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki

Als Lunew das Schmahen des Kuskes vernahm, fuhr er zusammen. Peinlich und lächerlich zugleich erschien ihm der Vorgang!

„Schit! schit! schit!“ rief Awronow, während er seine Frau küßte, und sie lachte dazu. Als sie die Tür hinter ihm verriegelt hatte, kam sie folgend in Sjas Zimmer gehüpft, sprang auf sein Bett und rief laut:

„Rüh mich, ganz rauh — ich hab' keine Zeit.“

„Sie haben doch eben erst Ihren Mann geküßt“, meinte Sja finster.

„Was? Sie? ... Ah, er ist eifersüchtig!“ rief sie mit Genugtuung, sprang lachend vom Bett und zog den Fenstervorhang zu.

„Eifersüchtig!“ sagte sie, „das ist ja nett! Eifersüchtige Männer lieben mit Leidenschaft.“

„Nicht aus Eifersucht, sagte ich das.“

„Mund gehalten!“ kommandierte sie schelmisch, indem sie ihm den Mund mit der Hand zuhielt.

Als sie dann genug geküßt hatten, sah Sja sie lächelnd an und konnte es sich nicht versagen, zu bemerken:

„Das heißt — dreißt bist du doch ... ein richtiger Zollkopf! Nicht unter der Nase des Mannes solche Streiche zu machen.“

„Ihre grünlich schillernden Augen funkeln gereizt, und sie entgegnete:

„Das ist doch etwas ganz Gewöhnliches! Gar nichts Besonderes ist dabei! Meinst wohl, es gibt viele Frauen, die ihren Männern treu sind? Nur die Säblichen und Kranken sind's ... Einer hübschen Frau wird es immer Bergnügen machen, eigen kleinen Roman zu haben.“

Den ganzen Morgen gab sie Sja Belehrungen über diesen Punkt, erzählte ihm vergnüglich allerhand Geschichten von Weibern, die ihre Männer betrogen. In ihrem roten Köpfchen die Schürze vorgebunden und die Ärmel aufgestreift, gelächelnd und leicht, hüpfte sie in der Küche umher, bereitete für ihren Gatten die Fleischpasteten und ließ in einem fort ihre helle Stimme erklingen.

Der Herr Gemahl ... meinst du, der muß einer Frau genügen! Aber der Gemahl kann ihr bisweilen sehr mißfallen, selbst wenn sie ihn liebt! Und dann macht er ja auch nicht viel Umstände, wenn er mal seine Frau bei günstiger Gelegenheit betrogen kann ... So ist's auch für die Frau langweilig, ihr ganzes Leben lang immer nur zu denken: mein Mann, mein Mann, mein Mann! Es macht doch Spaß,

mal mit einem anderen Manne eine Kurzweil zu haben — es ist unterhaltend. Man lernt doch die andern kennen und weiß, welcher Unterschied zwischen den Männern besteht. Es gibt doch auch verschiedene Bierorten: einfaches Bier, bairisches Bier, Wacholderbier, Heidelbeerbier ... Es ist dumm, immer nur einfaches Bier zu trinken.“

Während Sja ihr zuhörte, trank er seinen Tee, und es schien ihm, daß dieser einen bitteren Beigeschmack hätte. In den Reden dieses Weibes war etwas Herausforderndes, unangenehm Kreischendes, das für ihn neu war. Unwillkürlich erinnerte er sich Olympiadas, ihrer tiefen Stimme, ihrer ruhigen Bewegungen und glühenden Worte, in denen eine gewisse Kraft lag, die ihn am Herzen packte. Allerdings war Olympiada ein Frauenzimmer ohne höhere Bildung, das etwa zur Ehegattin eines Kleinkramers gepaßt hätte. Aber darum war sie auch in ihrer Schamlosigkeit einfacher, schlichter.

Sja antwortete auf Satjana Blahjewnas Scherze mit einem leisen Lachen, doch er mußte sich zu diesem Lachen zwingen. Es war ihm nicht wohl ums Herz, und er lachte nur darum, weil er nicht wußte, wovon er mit seiner Wirtin reden sollte. Ihre Worte erweckten eine peinliche Schwermut in ihm, doch hörte er andererseits mit tiefem Interesse darauf und sagte schließlich nachdenklich:

„Ich hätte nicht geglaubt, daß in euren Kreisen solche Zustände herrschen.“

Die Zustände, mein Lieber, sind überall die gleichen! Die Zustände werden von den Menschen geschaffen, und die Menschen haben überall dasselbe Ziel — angereicht zu leben! Der Mensch will eben menschlich leben: ruhig, satt und behaglich, und um das zu können, muß er Geld haben. Das erste Ziel des Menschen ist also: Geld. Geld erlangt man entweder durch eine Erbschaft, oder durch Glück, oder durch Arbeit. Wer ein Lotterielos besitzt, der darf auch auf Glück hoffen. Eine hübsche Frau besitzt schon von Haus aus ein gewisses Maß an Schönheit. Mit Schönheit kann man viel gewinnen — oh! Und wer keine reichen Verwandten, keine Schönheit oder sonstigen Götze besitzt, der muß eben arbeiten. Das ganze Leben arbeiten, ist eine dumme Sache ... Und ich, hehst du, arbeite, obgleich ich sogar zwei Lose besitze! Nun — die will ich eben beide an dich verpfänden! Nur Pasteten zu backen und einen funigen Revieraufseher zu küssen — das genügt mir nicht als Gewinn ... Ich möcht' eben dich auch küssen.“

Sie sah Sja an und fragte scherzend:

„Es ist dir doch nicht unangenehm? Warum guckst du mich denn so böse an?“

Sja stand in der Tür seines Zimmers und schaute starr, mit gerunzelter Stirn nach ihr hin. Sie ging auch ihn

zu, legte ihre Arme um seine Schultern und sah ihm neugierig ins Gesicht.

„Ich bin nicht böse“, sprach Sja ernst.

„Wirklich nicht? Ah, wie danke ich dir! Ja ha ha, wie gut du bist!“, rief sie und lachte hell auf.

„Ich dachte eben darüber nach“, verleihte Sja, die Worte langsam und gemessen aussprechend, „daß alles richtig ist, was du sagst ... aber es liegt doch etwas Böses darin ...“

„Oh — o, was bist du für ein stachliger Vogel! Etwas Böses — was heißt denn das? Erklär's mir mal!“

Aber er vermochte ihr nichts zu erklären. Er selbst begriff nicht, was ihm eigentlich an ihren Worten mißfiel. Olympiada hatte weit einfacher, plumper gesprochen, doch hatten ihre Worte keine Seele, nicht so peinlich verletzt, wie das Gezügel dieser kleinen, sauberen Vögelschens. Den ganzen Tag dachte er hartnäckig über das seltsame Gefühl der Unzufriedenheit nach, das in seinem Herzen durch diese neue, für ihn so schmeichelhafte Verbindung erregt worden war, und er konnte dem Ursprung dieses Gefühls nicht begreifen.

Als er am Abend nach Hause kam, begegnete ihm Kiril in der Küche und sagte vergnügt:

„Na, Sja, heut' hat aber Sanjuscha was Gutes gekostet! Fleischpasteten, sag ich dir — leid tut's einem, sie zu essen! Sünde ist's beinahe, wie wenn man lebendige Nachtigallen äßt! Ich habe dir einen Zeller voll übrig-gelassen, Bruderherz! Häng' dein Magazin ab, geh' dich hin und laß sie dir gut schmecken.“

„Ich danke, Kiril Mitodimowitsch.“ Und mit einem Seufzer fügte er hinzu: „Sie sind ein guter Mensch ... bei Gott!“

„Ach was!“ wehrte Kiril ab. „Ein Zeller voll Pasteten wäre 'ne Bagatelle! Nein, Bruder, wenn ich Polizeimeister wäre, hm — da könntest du vielleicht in die Lage kommen, mir mal Danteschen zu sagen, o ja! Aber Polizeimeister werde ich nicht. Ich gebe den Dienst bei der Polizei auf und trete wahrscheinlich als Produzent in ein großes Geschäft ein. Ein Produzent — das ist schon etwas. Eine solide Stellung. Wenn ich die bekomme, werde ich bald mein Kapitalchen zusammenhaben.“

Satjana Blahjewna machte sich am Ofen zu schaffen und sang dabei leise vor sich hin. Sja schaute sie an und schaute wiederum ein peinliches Mißbehagen. Allmählich jedoch verschwand dieses Gefühl unter der Einwirkung neuer Eindrücke und Sorgen. Er hatte während all dieser Tage keine Zeit, seinen Gedanken nachzuhängen, die Einrichtung des Magazins und der Einkauf von Waren beschäftigten ihn ganz und gar.

Auf Grund des Art. 29, Abs. 2 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 entscheidet sich hiermit für den Wohnsitz in...
 Zum Nachweise der obigen Wohnsitz-Veränderungen der Ortspolizeibehörden in... von... und in... vom... bei.
 (Ort, Tag und Unterschrift.)
 (Unterschriftsbeglaubigung.)

Diese Veränderungen der Ortspolizeibehörden zum Nachweise der Wohnsitz-Veränderungen sind nachträglich eingeleitet worden. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Frist zur Abgabe der Wohnsitz-Veränderung am 15. Januar 1923 abläuft.
 Um Zweifel zu beseitigen, wird ausdrücklich herbeigehoben, daß die Wohnsitz-Veränderung nur für diejenigen Personen in Frage kommt, die am Tage des Ueberganges des Schatzpfeils, d. h. am 15. Juni 1922, einen Wohnsitz im abgetretenen Gebiet Oberschlesiens und in Deutsch-Polen hatten. Die Wohnsitz-Veränderung ist daher keineswegs gleichbedeutend mit der Option. Für letztere sind bisher Bestimmungen seitens des Reiches nicht ergangen; sobald sie ergehen, werden sie bekanntgemacht werden."

Gewerkschafts-Bewegung.

Ein neuer Gewaltakt der Bürokraten im RSB.
 Die Kollegen George und Jachse aus dem Bezirksbetriebsrat entfernt. Große Erregung unter den Werkstättenarbeitern. Annahme von Protestresolutionen.

Die Bürokraten im RSB wollen ganze Arbeit machen. Nachdem sie einen unheimlichen Mahner, den Kollegen Zentrop, aus Dppeln Jesnerzeit aus dem Verbande ausgeschloffen haben, ist ihnen beim Essen der Appetit gekommen. Sie wollen alle Kollegen der Opposition entweder kassieren oder aus dem Verband hinauswerfen. Jetzt ist ihnen ein neuer Streich gelungen. Sie haben durch eine raffinierte Wahlkommission die Kollegen George und Jachse am 2. Januar aus dem Bezirksbetriebsrat entfernt. Beide gehörten der Opposition an. George ist Kommunist; Jachse ist parteilos.

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns zu diesem Vorfall:

Es hat den Anschein, als wenn die Gewerkschaftsangehörigen der RSB einen Gefallen damit erweisen wollen, indem sie George befehlen. Sagte doch einmal der Eisenbahnpräsident in einer Sitzung: Meine Herren, wählen Sie sich einen anderen Vorsitzenden, mit Herrn George verhandele ich nicht mehr.

Kollegen! Es ist jetzt endlich nach jahrelangen Kämpfen den Handlangern mit den Gewerkschaftsangehörigen gelungen, ihr Wert vollbracht zu haben. Sie haben die maßgebenden Betriebsratsmitglieder aus dem Bezirk (trotzdem der erste Versuch gescheitert war) in Sonderleistungen nach Strich und Faden bearbeitet, um sie auf ihre Seite zu bekommen. Sie hatten den Auftrag, die Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses zu fördern, sie kamen mit einem fertigen Programm an, welche auf solche kautete, die den Gewerkschaftsangehörigen genehm sind. Eine Neuwahl des geschäftsführenden Ausschusses wäre wohl angebracht gewesen, wenn den Mitgliedern des bisherigen nachgewiesen worden wäre, daß sie ihre Pflichten verletzten oder sich nach der Geschäftsordnung verhalten hätten und mußte diesen ein Mißtrauensvotum erteilt werden. Das war aber den Kollegen nicht möglich. Der erste Bevollmächtigte des RSB, erklärte, auf Befehl der Ortsgruppe Breslau fordere er Neuwahl mit der Begründung, es müsse hier unbedingt eine Änderung eintreten (Bemerkung: Von welcher Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Breslau dieser Beschluss herührt, ist uns unbekannt). Der Zweite, Betriebsratsrat Breslau-Leuban, nahm einfach die Wahlleitung in die Hand, rief Anträge George die Sitzung eine Viertelstunde zu vertagen, um die Möglichkeit zu haben, eine Vorschlagsliste einzubringen, ließ er dies nicht zu und erklärte, daß sich, da nur eine Vorschlagsliste eingegangen sei, die Wahl erübrige und folgende als gewählt gelten.

Einfach Hannig, Güterhelfer, Breslau-Dt., 1. Bor-August Nowak, B. U. A., Bm. Siegaia, 2. Berl. Robert Schaezsch, Herrschler, Ausb. Werk Oels, Schriftführer, Willi Becker, Walschenspanner, Bm. Salsanich, Beisitzer, Hermann Hahn, Walschenspanner, Bm. Kauden, Beisitzer.
 Ein solches Wahlverfahren kennzeichnet doch, daß diese Kollegen unter Beeinflussung von anderer Seite diesen Gewaltakt ausgeführt haben. Wir dürfen diesen unzulässigen Beschluß nicht so rasch miteres hinnehmen, sondern unsere Wähler haben Grund der Borkommnisse die Auflösung des gesamten Bezirksbetriebsrats zu beantragen und Neuwahl zu verlangen.

Obwohl die Kollegen George und Jachse während aus dem Betriebsrat heraus, selbst wenn die halbe Breslauer Ortsgruppe verlorengeliege, haben die Breslauer Eisenbahner hinter George und Jachse.

In den Betriebsversammlungen wurde das Verhalten der Führer und Großmann gebührend kritisiert.
 Eine am 3. Januar tagende Betriebsversammlung der Bahnhofsmeisterei Detteln nahm mit 60 gegen eine Stimme eine Resolution an, in der den Kollegen George und Jachse das Vertrauen ausgesprochen und das Verhalten der Bürokraten als ein Schlag in das Gesicht der Eisenbahner bezeichnet wird.

Eine ähnliche Resolution nahmen die Eisenbahner der Betriebsmeisterei 2 in Breslau an. Sie lautet:

Die heute tagende überfällige Mitglieder-Versammlung vom Betriebsrat 2 und anderen Betriebsräten sprach ihr Bedauern aus, daß Kollege George durch so eine scholts Art von seinem Posten als geschäftsführender Betriebsratsmitglied entsetzt wurde.

Eine ähnliche Kollegen George das volle Vertrauen aus für seine bisherigen Leistungen und gelobt, nicht früher als ruhen, bis Kollege George wieder auf seinem Posten ist. Ferner spricht die Versammlung ihr Mißtrauen den Ortsgruppenmitgliedern aus, welche diese scholts Handlungsart gutgehehen und mitgemacht haben. Die Versammlung ersucht in diesem Verhalten eine gewerkschaftsfeindliche Handlung.

In alle Metallarbeiter der Verwaltungstelle Waldenburg-Mittweide.

Am Sonntag, den 13. Januar, findet die Generalversammlung statt, die laut Ortsstatut nur durch Vertrauensmänner befehligt wird. Darum nehmen überall im Betriebe zur Wahl der Ortsverwaltung Stellung, damit ihr nicht völlig ausgeglichen werden. Es gilt eine Ortsverwaltung zu schaffen, die den kommenden Kämpfen zielbewußt entgegensteht. Ob die jetzige Ortsverwaltung diesen Anforderungen entspricht, ob sie die richtige war, darüber sollen die Kollegen selbst urteilen. Wir wollen uns ihrer Tätigkeit nur so weit an dem Streik der Hüttenmetallarbeiter im Bergbau, an das Uebertragungsabkommen, an die Stellungnahme zur Schlichtungsordnung und zum Gewerkschaftsgesetz. Welche Entscheidungen die Situation entgegensteht, darüber sind sich die Arbeiter klar. Ein großer Teil ist aber noch zaghaft. Diesen aufzurichten, muß Aufgabe der neuen Ortsverwaltung sein. Das kann aber nicht mit jenen reformistischen Räteleuten, die die Arbeiterkraft immer weiter hinter sich bringen, nicht mit Hangjähren und Arbeitsmangel, geschieht. Lang mit jenen Bürokraten vom Schlage eines Dahler, der erklärte, die

Ortsverwaltung kann hundertmal beschließen, er mache doch was er wolle (!!!)

Die Kollegen haben es nun in der Hand, zu entscheiden, und die Anforderungen in die Tat umzusetzen. Nächst die Lage vor der Generalversammlung, um in den Betrieben noch Aufklärung zu schaffen. Wesprecht mit den Vertrauensmännern alle Fragen. Nur der innige Kontakt zwischen den Kollegen und den Vertrauensmännern kann die Mitleidigkeit vieler Kollegen wieder herbeiführen. Tue jeder seine Pflicht, dann werden auch hier die Erfolge nicht ausbleiben.
 Euerige Metallarbeiter.

Kommunistische Metallarbeiter. Am Donnerstag, den 11. Januar, abends 5 1/2 Uhr, findet in Waldenburg, im Schützenhaus, eine Fraktionsitzung sämtlicher kommunistischer Metallarbeiter statt. Die Generalversammlungsdelegierten müssen unbedingt erscheinen, kein emgiger darf fehlen.

Heute Dienstag

abends 7 Uhr, im Parteilokal — Nikolaistraße

Große Funktionär-Versammlung

Tagesordnung:

Die kommenden Gemeindevahlen u. sonstiges.

An der Sitzung müssen teilnehmen: Alle Parteifunktionäre, alle Ortsleiter, alle Angestellten der Partei u. Produktions-Gewerkschaft, sowie sämtl. sonstigen Vertrauensleute aus Gewerkschaft u. Betrieb. Ortsleitung u. Parteidelegierte erscheinen eine halbe Stunde früher.

Notales.

Breslau.

Schieber-Regel.
 Der SPD-Stadtverordnete Frey setzte sich unlängst in der Generalversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ warm für die Erhaltung der kapitalist. Substanz ein.

Mensch, erhalt Dir die Substanz,
 Nennst man Dich auch Schieber,
 Gibst doch Dollars goldner Glanz
 Verlorst noch Ansehen wieder.

Kau' Seife, Zucker, Tee,
 Schmalz zu nied'ern Preise,
 Streichhölzer und Malzkafee,
 Misch gleich zentnerweise.

Stapel alles emsig auf
 Im geheimen Speicher.
 Steigt der Dollar: Dann verkauf!
 Und so wirst Du reich!

Treib das so ein Jahr, auch zwei,
 Nütz' des Volkes löte,
 Glaube mir: Dann bist Du Frey,
 Doch niemals ein Prolete!

Von der kommunistischen Jugend

Parteiorganen! Jugendorganen!
 Mit Beginn des neuen Jahres ist auch innerhalb der RSB Breslau eine Verbesserung festzustellen. Unsere Organisation fühlt sich stark genug, ein viertes Heim zu eröffnen und zwar in der Schweinitzer Borkadt im Schulhaus Fürstentstraße.

Parteiorganen von Scheitling und Odertor! Es erwächst nun für euch die Aufgabe, eure kapitalistischen Kinder in das neu gegründete Jugendheim zu ziehen und darüber hinaus unter den Jugendlichen eures Bertandens- und Bekanntenkreises für die Jugend zu agitieren.

Parteiorganen, laßt euch von dem Grundsatze leiten, der Jugend die Zukunft bedacht, daß dann, wenn der Jugend das Rüstzeug zum Kampfe gegeben ist, sie stark genug sein wird, gemeinsam mit euch die Zukunft zu erobern. Genossen, dies Rüstzeug wollen wir als Kommunisten der Jugend in steter Schärfe geben. Und dabei müßt ihr uns mit eurer täglichen Propaganda für die Jugend unterstützen. Genossen, gleichzeitig wolla wir mit, daß die Heine Lenin und Liebknecht infolge der Ferien bis Dienstag, den 16. Januar, geschlossen bleiben. Parteiorganen, wir ermahnen euch nochmals, werbt unermüdet für die kommunistische Jugend.
 Die Ortsleitung der RSB, Breslau.

Ein Rittergut für 50 Pfennige. Wie ein Märchen mutet es an, daß sich ein ganzes Rittergut für eine halbe deutsche Markenerdenz zu kaufen ist. Und das stimmt es. Die letzte Stadtratsbesitzungsung stimmte der Magistratsvorlage zu, das Rittergut Hochelwitz, Kreis Sirehlen, das bisher Eigentum der Stadt Breslau war, an die Landgemeinde Mielchitz für 50 Mk. zu verkaufen. Dieser „Berkant“ wird deshalb vorgenommen, weil die Stadt von dem nur aus Dorfkaufe bestehenden Rittergute keinerlei Nutzen ziehen kann, der Besitz hingegen allerlei erhebliche Nachteile verursacht. — Nun sage noch einer, die deutsche Mark sei nichts wert!

Eine Polizeiverordnung betr. Sammlung und Abfuhr des Hausmülls hat der Polizeipräsident unterm 2. Januar erlassen. Danach ist unter Hausmüll im Sinne dieser Verordnung der sich in den benutzten Grundstücken und öffentlichen Gehäuden ansammelnde, nichtflüssige Unrat zu verstehen, wie Abfä, Hans- und Hofschicht, Hans- und Küchenabfälle und dergleichen. Ben- und Gewerksabfälle, und aus gewerblichen, nicht in Wohnhäusern ausgeübten Betrieben stammende Schlacke und Abfä, Erde und Gartenabfälle, Gegenstände mit hohem Säuregehalt, Pferde- und Viehdünger gehören nicht zum Hausmüll. Hausmüll darf nicht auf die Straße gekippt werden, sondern ist in besonderen Gefäßen zu sammeln. Wohnungs-, Glas- und anderer Hausabfall, Gartenschutt, Abfä, Kuh-, Eschen und sonstiger Hausmüll, sind in Metallkannen zu sammeln, die bei dieser Bestimmung gegebenen Anforderungen entsprechen müssen. Abfälle von größerem Umfange, wie Füllungen von Matten, oder Strohhäfen, Tapetenreste und dergl., dürfen neben den Säcken gelagert werden, wenn sie darin nicht untergebracht werden können. Zur Aufnahme von Speiseresten und Abfällen von zubereiteten und unzubereiteten Nahrungsmitteln, Kartoffeln, Kartoffelschalen, Früchten, Gemüse, Fleisch, Fisch, Brot, Kuchen und anderen Abfällen sind in jeder Wohnung vom 19. 6. 1917 gemäß leicht tragbare, bichte und haltbare Gefäße anzufüllen und in ordnungsmäßigen und sauberen Zustände zu erhalten. Die Zahl der in jedem Grundstücken anzufüllenden Gefäße muß der Menge des sich anammelnden Hausmülls entsprechen. Es folgt dann die Borkschüttung über die Beschaffenheit der Müllkisten, ihre Handhabung und Aufsicherung und die Verpflichtung, für die Abfuhr des gesammelten Mülls zu sorgen. Auf die Zusammenführung gegen diese Verordnung ist eine Geldstrafe bis 300 Mark

oder entsprechende Zahl gesetzt. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Für die Gebühren der erwerbssfähigen Stellenvermittler in Breslau hat der Polizeipräsident unterm 30. Dezember 1922 eine ortspolizeiliche Tare aufgestellt, nach der vom 1. Januar 1923 ab die Gebührenhöhe der erwerbssfähigen Stellenvermittler in Breslau zu erheben sind. Die betreffende Bekanntmachung ist im Polizeiamtsblatt abgedruckt und enthält: 1. die Tare für gewerbssfähige Stellenvermittler (betr. Personen mit festem Jahreslohn, B. Angestellte, ohne festen oder geringen Lohn, E. Land-, forst- und gartenwirtschaftliche Beamte, D. landwirtschaftliche Arbeiter usw.); 2. die Tare bei nicht gewerbssfähiger Stellenvermittlung für Gefinde, landwirtschaftliches Gast- und Schankwirtschaftspersonal, und schließlich einen kurzen Auszug aus dem Stellenvermittlergesetz.

Wir ersuchen unsere Kolporteur, umgehend die restlichen Beträge für Dezember abzurechnen. Die Expedition.

Versammlungs-Kalender.

Jede im Jahre mit dies. Monats mit ein Betrag von 10 Mk. gezahlt werden.

KPD

Breslau, Freitag, abends 7 Uhr, im Parteilokal, Große Funktionärerversammlung, Tagesordnung: Die kommenden Gemeindevahlen und sonstiges. An der Sitzung müssen teilnehmen: Alle Parteifunktionäre, alle Betriebsräte, alle Angestellten der Partei und Produktions-Gewerkschaft, sowie sämtliche sonstigen Vertrauensleute aus Gewerkschaft und Betrieb. Ortsleitung und Parteidelegierte erscheinen eine halbe Stunde früher.

Mittwoch, den 15. Januar, abends 7:30 Uhr, im Parteilokal, Bahnhof zum Deutschen Reich, Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Vorstandspräsidium: Alle Genossen und Genossinnen müssen zu dieser ganz besonders wichtigen Versammlung erscheinen. Zeitungsleiter sowie Sympathisierende sind herzlich willkommen.

Cleban, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

KJD

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

KJD

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Gewerkschaften

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Breslau, Freitag, d. 12. Januar, abds. 8 Uhr, „Stadt Berlin“, wichtige Mitgliederversammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß unbedingt erscheinen.

Waldenburg, Sonntag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, in der Gemeindegähle, wichtige Mitgliederversammlung, Tagesordnung u. a. Bericht vom 4. Weltkongreß in Moskau. Vereint! Bezirksleiter Genosse Dohner, Breslau: Pflicht eines jeden Genossen ist, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Auch die benachbarten Ortsgruppen und Sympathisierende sind eingeladen.

Genossen werbt neue Abonnenten

Verantwortl. f. d. gesamt. Inhalt: E. B. R. A. n. i.; J. m. e. r. a. t. e.: W. a. z. J. f. o. c. h. e. r. S. m. i. d. u. n. d. V. e. r. l. a. g.: P. r. o. d. u. k. t. i. o. n. g. e. n. o. s. s. e. n. s. c. h. a. f. t. f. ü. r. d. i. e. P. r. o. v. i. n. z. S. c. h. l. e. s. i. e. n., e. G. m. b. H. s. ä. m. t. l. i. c. h. i. n. B. r. e. s. l. a. u.

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9

Achtung!
Wo?
Kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten bei H. Kluge
Neumarkt 12, 1

Kaufe Gold-Silber-Platin-Bruch Zahngebisse Uhren
zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Blücherstraße 15

Städt. Vermittlungsstelle für Wertgegenstände aus Privatbesitz
Messergasse 22 Ecke Stockgasse
werktaglich geöffnet von 10-1 Uhr.

Eröffnung Montag, den 8. Januar 1923

Zum Verkauf angenommen werden:
Gold, Juwelen, wertvolle Möbel, Teppiche, Porzellan, Bücher, Luxusgegenstände aller Art, gut erhaltene Wäsche, Trikots, Kleidungsstücke, Lederwaren

Vorkaufshogen Donnerstag, d. 11. Januar 1923
Die Festsetzung des Wertes der zum Verkauf gelangenden Wertgegenstände erfolgt durch ehrenamtlich Sachverständige jeder einzelnen Branche